

KOMMENTAR

# Trennt die Banken

Von Georg Mascolo

kam. UBS, Citigroup und Royal Bank of Scotland, die neben Barclays nun als Hauptverdächtige gelten, mussten von ihren Regierungen gerettet werden. Die deutsche WestLB, damals an der Libor-Findung beteiligt, galt ebenfalls als Problemfall – den von ihr gemeldeten Libor-Sätzen sah man das nicht an.

## Die Deutsche Bank

Schon im Herbst 2011 hatte der damalige Risikochef der Deutschen Bank, Hugo Bänziger, eine interne Prüfung angestoßen. Millionen E-Mails mussten gesichtet, Chat-Protokolle gelesen werden. Bänziger heuerte eine Kanzlei an, bald war das für den Skandal zuständige Team 50 Mann stark. Doch die Rechercheure schoben Dauerfrust. Wo solle man anfangen?

Erst als britische Ermittler die Namen zweier verdächtiger Händler nannten, konnten Erfolge an den damaligen Bankchef Ackermann gemeldet werden. Der erkundigte sich wöchentlich nach dem Fortschritt der Ermittlungen. Er schien zu ahnen, was auf sein Haus zukam. Zwei Händler wurden entlassen.

Seit Ackermann, Bänziger und der frühere Chefkontrolleur Clemens Börsig die Bank verlassen haben, kümmert sich der neue Aufsichtsratschef Paul Achleitner um die Aufarbeitung des Libor-Skandals. Es heißt, er sei fest davon überzeugt, dass die Bank nie versucht hat, den Libor zu drücken, um die eigene Lage zu beschönigen. Finanzierungsprobleme? Gab es bei der Deutschen Bank nicht. Auch sehe Achleitner bislang keine Hinweise, dass Vorstände oder gar Anshu Jain selbst in die Affäre verwickelt waren.

Doch kann es sein, dass nur zwei verirrte Händler an dem Kartell beteiligt waren? Warum wusste kein Vorgesetzter, kein Compliance-Mitarbeiter von ihrem Treiben? Die Deutsche Bank rühmt sich dafür, im Handel mit Währungen und Zinsen weltweit vorn zu sein. Sie sitzt in allen Panels zur Ermittlung des Libor. Und doch sieht sich die Deutsche Bank nur als Mitläufer im Zins-Skandal.

Warum aber hat Alan Cloete, in den wilden Libor-Jahren wohl unter anderem verantwortlich für das Geldmarktgeschäft, von der Manipulation nichts gemerkt? Und warum wurde der bullige Südafrikaner trotzdem in diesem März von Jain in den erweiterten Vorstand befördert, als die Ermittlungen und internen Untersuchungen in Sachen Libor schon liefen? Im Umfeld der Bank findet das manch einer merkwürdig, andere sehen darin gerade einen Beweis, dass Cloete sich in Sachen Libor nichts vorzuwerfen hat.

## Das Versagen der Aufseher

Am 11. April 2008 telefonierte ein Mitarbeiter des Geldmarkt-Teams von Barclays mit Fabiola Ravazzolo, Mitarbeiterin bei der New Yorker Fed.

Die Banken erpressen uns, hat SPD-Chef Sigmar Gabriel in einem Thesenpapier geschrieben, und es ist zu hoffen, dass in dem Getöse über seine teilweise berechtigten, teilweise überzogenen Forderungen die wirklich wichtige Wortmeldung dieser Woche nicht vergessen wird.

Sie kommt von Sandy Weill, er war acht Jahre lang die bestimmende Figur der US-Großbank Citigroup. Dieser Sandy Weill, der ein Finanzimperium geschmiedet und – erfolgreich – gegen so ziemlich jede Regulierung des Bankensektors angekämpft hat, sagt jetzt: Zerschlagt die großen Banken.

Was er will, ist eine Rückkehr zu den Regeln, die der Welt schon einmal gut gedient haben, erdacht nach der Finanzkrise der dreißiger Jahre, beseitigt im Rausch der Liberalisierung in den Neunzigern.

Glass-Steagall-Act hieß das Gesetz, das die Bankenwelt in zwei Kategorien teilte.

In Banken, die sich klassischen Geschäften widmen, Kundeneinlagen verwalten und Kredite vergeben und deshalb für jede Volkswirtschaft tatsächlich systemrelevant sind. Solche Banken müssen geschützt und notfalls auch vom Staat gerettet werden.

Und in die Investmentbanken, denen zu oft jedes riskante Geschäft recht ist, wenn es denn Gewinn abzuwerfen verspricht. Geht es schief, soll ihnen, so will es Sandy Weill, niemand zu Hilfe eilen müssen. Diese Banken wären kleiner, keine Finanzgiganten mehr. Was zu groß zum Scheitern ist, wäre künftig zu groß, um überhaupt existieren zu dürfen.

Amerika diskutiert – wie die gesamte Finanzwelt – Weills Vorstoß.

Denn der US-Banker gehörte zu denjenigen, die Bill Clinton 1999 dazu drängten, das Gesetz abzuschaffen. In seinem Büro hing eine Plakette, in der er sich als „Zertrümmerer des Glass-Steagall-Gesetzes“ feierte. Noch hat der Vorschlag nicht genügend Unterstützung, auch wenn ein kluger deut-

scher Dax-Vorstandschef wie Nikolaus von Bomhard (Munich Re) den Konstruktionsfehler des Systems ebenfalls beseitigen will. Das will übrigens auch Gabriel.

Einwände kommen von allen Seiten (auch aus der Wirtschaftsredaktion des SPIEGEL): etwa, dass sich so nichts Grundlegendes ändern ließe, wie der Fall der Lehman-Pleite beweise. Die Investmentbank, deren Kollaps die Finanzkrise auslöste, hätte so oder so gerettet werden müssen. Das stimmt – aber nur im jetzigen System. Bei einer strikten Trennung der Banken ist es sehr wohl wahrscheinlich, dass Lehman nicht die gesamte Finanzwelt mit in den Abgrund hätte reißen können. Und, ja, die Trennung würde Probleme mit sich bringen für

die Deutsche Bank, die Investment- und Geschäftsbank ist und damit nach einem neuen Modell suchen müsste. Und doch: Die Vorteile wiegen die Nachteile bei weitem auf.

Noch jede halbwegs sinnvolle Reform der Finanzwelt ist bisher am Widerstand der

Wall Street, der Londoner City oder der FDP gescheitert. Nicht einmal die Politiker glauben noch daran, dass sie ihr Versprechen – Exzesse lassen wir nie mehr zu – einlösen können. Nichts passiert. Die alte Trennbanken-Regelung würde heute so nicht mehr funktionieren. Aber sie lässt sich anpassen an die heutige Welt der Finanzmärkte. Das ist Handwerk. Es könnte schnell gehen. Und das muss es auch.

Möglich wurde das Glass-Steagall-Gesetz übrigens, weil in den USA eine Senatskommission das dumme, riskante und bisweilen kriminelle Verhalten der Banken vor der Großen Depression entlarvt hatte. Die Empörung ebnete dem Gesetz den Weg. Manchmal wiederholt sich Geschichte doch. Glass-Steagall hat der Welt über Jahrzehnte gute Dienste geleistet; besser, man hätte das Gesetz niemals außer Kraft gesetzt.

Jetzt ist es an der Zeit, diesen Fehler zu korrigieren.

**Nicht einmal die Politiker glauben noch daran, dass sie ihr Versprechen – Exzesse lassen wir nie mehr zu – einlösen können.**